

Der Griff zum letzten Strohalm



Kißlegg sieht einen Lärmaktionsplan als letzten Strohalm. (Foto: Shutterstock)

Von Vera Stiller

KISSLEGG Die Kommunen sind nach der Umgebungslärmrichtlinie der Europäischen Union verpflichtet, Lärmaktionspläne zu erstellen. Diese Verpflichtung besteht, wenn sich Straßen oder Bahnlinien mit berechneten Lärmwerten in der Nähe von Wohnbebauungen befinden.

Der Kißlegger Gemeinderat hatte bereits 2012 den Grundsatzbeschluss für die Aufstellung eines solchen Planes gefasst. Weil sich in der Zwischenzeit mit Kißlegg 16 Städte und Gemeinden des Landkreises auf eine gemeinschaftliche Lärmaktionsplanung verständigt haben, musste der Beschluss jetzt noch einmal neu gefasst werden.

Leidensdruck ist groß

Bürgermeister Dieter Krattenmacher machte am Mittwoch vor dem Technik- und Umweltausschuss deutlich, dass es bisher

nicht gelungen sei, den Verkehrslärm in der Gemeinde zu reduzieren und den Menschen damit Erleichterung zu bringen. Vor allem die von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) kartierte A96, aber auch die noch nicht erfasste L265 (Schlossstraße, Herrenstraße, Wangener Straße und die Ortsdurchfahrten von Zaisenhofen und Immenried) sowie die K7902 (Emmelhofer Straße bis Ortsende Kißlegg) müssten angeschaut werden.

„Es ist der letzte zu ergreifende Strohalm, eine Verbesserung hinzubekommen“, sagte Krattenmacher und glaubte in Anbetracht der Tatsache, dass der Lärm in Waltershofen „noch nicht gegessen ist“, auf mehr Erfolg, wenn das Württembergische Allgäu insgesamt betrachtet würde. Auch für Immenried, „durch das in der Nacht die Kieslaster rauschen“, verspricht sich der Bürgermeister „zumindest das Eröffnen einer Perspektive“. Zusammenfassend sagte Krattenmacher: „Der Leidensdruck ist so groß, dass wir für die Menschen in Kißlegg einfach etwas erreichen müssen.“

Die Frage aus dem Gremium, ob es Sinn mache, mit Gemeinden weit weg von Kißlegg zu kooperieren, beantwortete Manfred Rommel, Leiter des Bau- und Umweltamtes, so: „Die Zusammenarbeit läuft über die verfahrenstechnische Schiene. Hier geht es insbesondere um die Aufstellung der Pläne.“

Sorge rechtfertigt Anstrengung

Auf den Einwand, ob es statt der Rapp Trans AG Basel und der Rechtsanwaltskanzlei „W2K“ in Freiburg, die die Entwurfsplanung erarbeiten beziehungsweise anwaltlich begleiten sollen, nicht näher gelegene Partner geben würde, erklärte Rommel: „Diese beiden Büros haben sich auf das Thema spezialisiert.“

Nachdem ein Mitglied des Ausschusses das Bedenken in den Raum gestellt hatte, was zu machen sei, sofern „bei der ganzen Aktion nichts herauskommt“, zeigte sich Bürgermeister Krattenmacher überzeugt davon: „Die Sorge um die Bürger rechtfertigt eine solche Anstrengung allemal.“

(Erschienen: 27.02.2014 17:20)

http://www.schwaebische.de/region/allgaeu/kisslegg/stadtnachrichten-kisslegg_artikel,-Der-Griff-zum-letzten-Strohalm-_arid,5596782.html

